

## Forderungspapier zur Entwicklung der Sozialversicherungsbeiträge und deren Auswirkungen auf das Friseurhandwerk

***Das Friseurhandwerk fordert einen verbindlichen Beitragssatz-Deckel und die vollständige Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen, damit Beschäftigung und Ausbildung im lohnintensiven Handwerk nicht unter Druck geraten.***

Das Friseurhandwerk ist eine tragende Säule der deutschen Wirtschaft und zeichnet sich durch eine besonders hohe Personalintensität aus, die einen zentralen Beitrag zur Beschäftigung und zur Sicherung von Arbeitsplätzen leistet. Gerade diese ausgeprägte Personalintensität führt dazu, dass die kontinuierlich steigenden Sozialversicherungsbeiträge in Kombination mit einem ebenfalls stetig wachsenden Lohnniveau das Friseurhandwerk an die Grenzen der wirtschaftlichen Tragfähigkeit bringen.

Insbesondere das Friseurhandwerk, das nach Einschätzung von Branchenexpert:innen je nach Betriebsgröße eine Personalkostenquote von über 50 bis 60 Prozent aufweist, ist von diesen Entwicklungen strukturell in besonderem Maße betroffen. Mit einem Anstieg um rund 1,5 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr hat die Sozialabgabenlast im Jahr 2025 ein Niveau von 42,5 Prozent erreicht und liegt damit deutlich über der im Rahmen der Sozialgarantie 2021 zugesagten Deckelung von 40 Prozent. Nach Einschätzung des IGES Instituts wird die Sozialabgabenlast weiter steigen und könnte im Jahr 2035 im ungünstigsten Fall ein Niveau von bis zu 53 Prozent erreichen.

Die derzeitige Höhe der Sozialabgaben sowie ihre absehbare weitere Entwicklung stellen eine erhebliche Belastung für Arbeitgebende und Arbeitnehmende des Friseurhandwerks dar und haben weitreichende Auswirkungen auf die gesamte Branche. Bereits heute entstehen aus einem Bruttolohn von 3.000 Euro Arbeitgebergesamtkosten von rund 3.745 Euro – eine Mehrbelastung von fast 25 Prozent gegenüber dem vereinbarten Lohn. Hochgerechnet auf rund 116.700 (Stand 2024) sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Friseurhandwerk bedeutet dies eine jährliche Arbeitgeberbelastung von über eine Milliarde Euro zusätzlich zum Bruttolohn. Sollte die Sozialabgabenlast bis 2035 auf 53 Prozent steigen, würde sich die jährliche Belastung der Branche um rund 221 Millionen Euro erhöhen.

Hinzu kommt, dass notwendige Lohnsteigerungen betriebswirtschaftlich tragfähig bleiben müssen, da die gleichzeitige Dynamik aus steigenden Sozialabgaben und wachsendem Lohnniveau die Arbeitskosten erheblich erhöhen. Dies verhindert notwendige Investitionen in Aus- und Weiterbildung – insbesondere im Segment preissensibler Dienstleistungen wie dem Friseurhandwerk. Gleichzeitig fördert es die Entwicklung zu Kleinstbetrieben, hemmt Neueinstellungen und Ausbildungsangebote, beschleunigt den Arbeitsplatzabbau und verschärft den Fachkräftemangel – im Extremfall bis hin zu Betriebsschließungen. Die steigende Abgabenlast verstärkt zudem den Druck auf informelle Beschäftigung: Im Friseurhandwerk wird Schwarzarbeit heute auf rund 25 Prozent des Netto-Branchenumsatzes geschätzt.

Ein Treiber der steigenden Sozialversicherungsbeiträge ist die Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben über die beitragsfinanzierten Sozialversicherungssysteme. In der gesetzlichen Krankenversicherung werden derzeit gesamtgesellschaftliche Ausgaben in Höhe von 54,3 Milliarden Euro jährlich getragen. Trotz bestehender Ausgleichszahlungen verbleibt eine Unterfinanzierung von 37,7 Milliarden Euro, was einer Belastung von 2,21 Beitragssatzpunkten entspricht. Auch in der sozialen Pflegeversicherung werden jährlich rund 9,2 Milliarden Euro für gesamtgesellschaftliche Leistungen aufgewendet, was einer zusätzlichen Beitragsbelastung von 0,48 Beitragssatzpunkten entspricht. Diese Finanzierungssystematik führt dazu, dass Beschäftigte und Betriebe weiterhin mit steigenden Beiträgen belastet werden.

Wir fordern die Politik auf, für das Handwerk – insbesondere für das Friseurhandwerk mit seiner hohen Personalkostenquote – wieder eine verbindliche, gesetzlich verankerte Sozialgarantie einzuführen, die einen klaren Beitragsdeckel vorsieht und mit einem Automatismus verbunden ist, der steigende Ausgaben nicht durch Beitragserhöhungen, sondern durch einen steuerfinanzierten Ausgleich kompensiert.

Zudem fordern wir, dass versicherungsfremde und gesamtgesellschaftliche Leistungen vollständig aus Steuermitteln finanziert und nicht länger über die Sozialversicherungsbeiträge von Beschäftigten und Betrieben getragen werden.

Darüber hinaus bedarf es gezielter Entlastungsinstrumente für personalintensive Branchen wie das Friseurhandwerk. Dazu zählen insbesondere eine Entlastung bei den Arbeitgeberanteilen für Auszubildende sowie für Beschäftigte in unteren Entgeltgruppen, um Ausbildung und Beschäftigung nachhaltig zu sichern.

ZENTRALVERBAND DES  
DEUTSCHEN FRISEURHANDWERKS